

IMPRESSUM

Titel: „Human Places“
Ausgabe: Heft 01/20
Hrsg.: Flüchtlingsrat
 Mecklenburg-Vorpommern e.V.
 Postfach 11 02 29
 19002 Schwerin
Tel.: 0385 5815790
Fax: 0385 5815791
E-Mail: kontakt@fluechtlingsrat-mv.de
Internet: www.fluechtlingsrat-mv.de
Redaktion: Ulrike Seemann-Katz (USK)
 Sylvia Giesler (SG)
 Jacob Bobzin (JB)
 Anas Obaid (AO)
 René Fuhrwerk (RF)
 Liane Becker (LB)
 Eloheh Faccio (EF)
 Carmen Ziegler (CZ)
Druck: SAXOPRINT GmbH, Dresden
Fotos (soweit nicht anders angegeben):
 siehe Bildrechte
 Archiv Flüchtlingsrat M-V e.V.
Layout: Diana Burandt
Redaktionsschluss :
 August 2020
Download dieses Heftes unter:
www.fluechtlingsrat-mv.de/downloadlinks/downloads

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. bemüht sich um Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit und Qualität der Informationen. Da sich jedoch laufende Änderungen in der sozialen und rechtlichen Lage von Flüchtlingen ergeben, ist eine Überprüfung der Information im Rahmen von Einzelfällen erforderlich. Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. kann keine Gewähr übernehmen. Haftungsansprüche gegen den Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V., welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung dieser Publikation verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern seitens des Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern e.V. kein nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt. Diese Arbeitshilfe ersetzt nicht eine anwaltliche Beratung, sondern dient der Anleitung Ehrenamtlicher und der Information Interessierter im Bereich Flucht und Migration.

Haftung für Links

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Diese Ausgabe wird gefördert durch PRO ASYL, Förderverein PRO ASYL e.V.

INHALT

Editorial	
Ulrike Seemann-Katz	3
Save the Date	3
Iran Teil 2: Opposition im Iran	
Sahar Nasiri	4 – 7
Samahé	
Samahé Ligier	8 – 9
Genitalverstümmelung	
Liane Becker	10 – 11
Informationen zum psychosozialen Zentrum des Curiates e.V. Institutsambulanz für Geflüchtete Güstrow/Rostock	
	12 – 13
Das Netzwerk Gewaltschutz	
Rena Sakowski	14 – 15
Urlaubsreisen ins Herkunftsland	
Ulrike Seemann-Katz	16 – 17
Migrantische und Postmigrantische Perspektiven - Ein Interview mit der neuen Integrationsbeauftragten	
Carmen Ziegler	18 – 21
Literaturtipps/Termine	
Sylvia Giesler	22 – 23
Better Place	
René Fuhrwerk	24

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT 

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

in diesen merkwürdigen Zeiten, in denen ein kleines Virus größeren Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Verwaltungen, ja auf das ganze öffentliche Leben hat, als Petitionen oder Parteiprogramme, in diesen Zeiten werden nicht mehr viele Geflüchtete ins Ausland reisen wollen oder können. Dennoch hatten wir schon länger vor Fragen im Zusammenhang mit dem Thema „Urlaubsreisen ins Herkunftsland“ zu klären. Auf den Seiten 17-18 findet sich ein entsprechender Artikel. Die Mittelseiten des Heftes können mal wieder herausgehftet werden. Sie enthalten mehrsprachige Informationen zum neu gegründeten Psychosozialen Zentrum für das mittlere Mecklenburg. Träger ist der Verein Curiates e.V., der in Güstrow und Rostock mit einer Institutsambulanz präsent ist. Strenge Quarantäne-Maßnahmen in und um die Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) und Gemeinschaftsunterkünfte sind unerlässlich, zeigen aber zugleich auf, wie problematisch eine solche Unterbringungsform ist. Je dichter Menschen zusammenleben, desto höher wird das Infektionsrisiko. Dabei wurde das Virus nicht durch Geflüchtete nach Deutschland „eingeschleppt“ wie jetzt manche Rassisten glauben machen wollen. Der erste Fall in der EAE Stern Buchholz hat sich erst in Schwerin angesteckt. Er war gesund nach Deutschland gekommen. Ein Hinweis auf die letzte Seite will ich nicht unerwähnt lassen: Wir haben einen drastischen Spendenrückgang zu verzeichnen. Deswegen haben wir unseren Willkommen!-Fonds für 2020 zunächst auf 2.000.- Euro begrenzen müssen. Wir bitten Euch und Sie alle, macht nicht nur für den Fonds als Geldquelle Werbung, sondern werbt auch um Spenden und spendet auch selbst. Schon kleinste Summen können helfen, Rechtshilfe zu geben, Texte zu übersetzen, Papiere zu beschaffen usw.

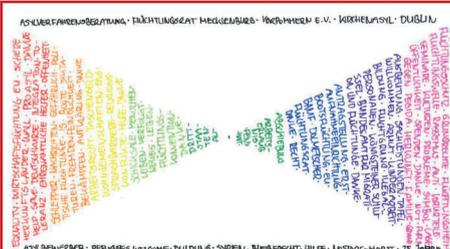
Mecklenburg-Vorpommern hat eine neue Integrationsbeauftragte, Reem Alabali-Radovan. Ein Interview mit ihr ist auf den Seiten 19-22 nachzulesen. Unsere Praktikantin Samahé ist längst wieder nach Frankreich zurückgekehrt, blickt aber noch einmal zurück auf ihr Praktikum bei uns. Wir sagen Danke, Samahé, und freuen uns auf ein Wiedersehen! Liane Becker aus dem Beratungsprojekt hat einen Artikel zur Genitalverstümmelung geschrieben und Sahar Nasiri setzt ihren Iran-Artikel aus dem letzten Heft fort. Es gibt also wieder viel Interessantes und Informatives im neuen Heft. Termine und Lesetipps dürfen nicht fehlen. Wir wünschen wie in jeder Ausgabe eine angenehme Lektüre und freuen uns, wenn das Heft Nutzen im Alltag in Beratung, Behörden und für die Flüchtlinge bringt, sowie über kritische und anerkennende Rückmeldungen.



Ulrike Seemann-Katz



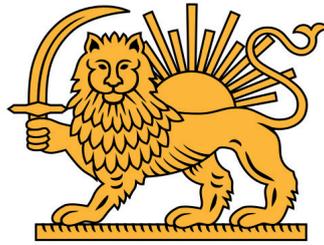
Foto: Ulrike Seemann-Katz



**25 Jahre Flüchtlingsrat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.**

Am 31.05.1995 gründete sich der Flüchtlingsrat Mecklenburg -Vorpommern. Im Laufe des Jahres wollen wir unsere Geschichte erzählen und inhaltliche Bezüge zur heutigen Zeit herstellen. Dazu werden wir in der nächsten Zeit auch mit Fragen auf Euch/Sie zukommen: Wer hat Fotos, Geschichten und kann etwas erzählen?

Bitte vormerken: Am Freitag, 25.09.2020, wird die Jubiläumsfeier in Schwerin stattfinden.



Iranische Staatsflagge von 1969-1974

DER IRAN – TEIL 2: OPPOSITION IM IRAN

Im Iran gibt es manche Fraktionen und politische Flügel, aber kein klassisches Parteiensystem. In den vergangenen Jahren dominierten ein konservativer und ein reformorientierter Flügel die Politik. Mit Amtsantritt von Expräsident Mahmud Ahmadinedschad im Jahr 2005 gründete sich dann eine Alternative zu den beiden Flügeln, die Ahmadinedschad selbst die "dritte Welle" nannte.

In der Vergangenheit scheiterten mehrere Versuche, ein Parteiensystem einzuführen, am Widerstand des Establishments. Das stuft Parteien bislang als ein westliches Modell ein und lehnt sie deshalb auch ab. Seit vielen Jahren wurden die Aktivitäten der wenigen reformorientierten Parteien sowie Iranische Freiheitsbewegung und Partizipationsfront des islamischen Iran alle verboten: Ihnen wurde unterstellt, dass sie nicht treu zum islamischen Establishment stehen.

▶ PARTEIEN IN DER VERFASSUNG DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN

Die Islamische Republik Iran besteht seit dem 1. April 1979. Das politische System enthält pseudodemokratische und theokratische Elemente. Grundlage des Staates ist die iranische Verfassung. Staatsoberhaupt ist der Führer (Rahbar). An der Spitze der Regierung steht der Präsident. Da nach dem Regierungssystem des Welāyat-e Faqih die politische Macht bzw. die Regierung nicht vom Volk, sondern in der Erwartung auf den in der Verborgenheit weilenden Imam Mahdi, dem zwölften Imam, von Allah ausgeht, wird der Iran häufig als Gottesstaat bezeichnet.

In der Verfassung der Islamischen Republik Iran steht: Parteien, Verbände, politische und berufliche Vereine, islamische Vereine und Vereine der anerkannten religiösen Minderheiten sind frei, vorausgesetzt, dass sie die Grundlagen der Unabhängigkeit, Freiheit, nationalen Einheit, die islamischen Prinzipien und die Grundlagen der Islamischen Republik nicht verletzen. Niemand darf daran gehindert oder dazu gezwungen werden an diesen teilzunehmen. Artikel 26

▶ PARTEIEN NACH DER REVOLUTION 1979

Die ersten Jahre der Republik waren von Gewaltexzessen geprägt, mit denen nach den liberalen auch militante islamo-marxistische Oppositionsgruppen ausgeschaltet wurden. Bis 1988 wurden Tausende Oppositionelle getötet. Im Zuge einer rigorosen Kulturrevolution wurde zugleich die Islamisierung des Justiz- und Bildungswesens sowie der Wirtschaft und Medien betrieben.

▶ ZWEI ANSICHTEN DER IRANISCHEN OPPOSITIONEN

1997 – 2005: Dialog und demokratische Hoffnungen unter Mohammed Chatami

Die Stärkung der Privatwirtschaft, bessere Bildung sowie die Lockerung der Zensur haben den Sieg Mohammed Chatamis vorbereitet, der im Mai 1997 mit 70 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. Der linksliberale Geistliche begriff den öffentlichen Diskurs und die politische Partizipation als Schlüssel zur Liberalisierung Irans im Rahmen seiner Verfassung. Er trat mit der Agenda an, die Zi-



Flagge des Iran, seit dem 19. Juli 1980 gültig

vilgesellschaft zu stärken und sich für Frauenrechte und Pressefreiheit einzusetzen. Während Chatamis Außenpolitik eines "Dialogs der Zivilisationen" die Beziehungen zu arabischen und europäischen Ländern verbesserte, konnte er – trotz ungebrochener Zustimmung bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – kaum seine Versprechen halten: während Kultur und politischer Diskurs aufblühten, begannen sich die konservativen Kräfte um Revolutionsführer Chamenei zu organisieren und konterten durch die Verhaftung von Reformisten sowie das Verbot vieler Zeitungen. Jedes dritte vom Parlament verabschiedete Gesetz scheiterte zudem am Veto des Wächterrats.

Als im Juli 1999 die Ordnungskräfte brutal gegen Studenten vorgingen, die – ganz im Sinne der Politik Chatamis – für die Pressefreiheit demonstrierten, kam es landesweit zu Ausschreitungen, bei denen mehrere Menschen starben.

Chatami kommentierte die Ereignisse zunächst nicht, stellte sich jedoch nach massivem Druck aus dem Militär und dem Lager des Revolutionsführers ostentativ hinter diesen, als er im September 1999 bei einer Rede in der Teheraner Universität überraschend deutlich für das theokratische System Partei ergriff, die Studenten zur Mäßigung aufrief und im Duktus Chameneis vor einer verschwörerischen Instrumentalisierung ihrer Proteste durch das Ausland warnte. Bei den Parlamentswahlen 2004 wurden 3.600 Reformisten disqualifiziert, sodass – auch aufgrund geringer Wahlbeteiligung – die Konservativen die Mehrheit im Parlament erlangten.

2005 – 2009: Neokonservatismus und Geopolitik unter Mahmoud Ahmadinedschad

Der Reformismus hat in seinem Scheitern die Einsicht genährt, dass die Islamische Republik im Rahmen ihrer Verfassung nicht demokratisierbar ist. In seiner Wirkung auf die öffentliche Kritik der theokratischen Ordnung hat er hingegen die Konsolidierung der Machtbasis des Revolutionsführers sowie eine Neuprofilierung des Konservatismus zur Folge gehabt.

Diese beiden Entwicklungen kulminierten in der Präsidentschaftswahl 2005, bei der es keinem Reformler gelang, alte Wählerpotentiale zu aktivieren, und ein fundamentalistischer Politiker neuen Typs über den Kandidaten des klerikalen Establishments Rafsandschani triumphierte: Mahmoud Ahmadinedschad.

Das offensive Auftreten Ahmadinedschads, seine Leugnung des Holocaust und des Existenzrechts Israels sowie Unnachgiebigkeit im Atomkonflikt haben Iran weiter isoliert und Sanktionen des UN-Sicherheitsrats zur Folge gehabt. Das hat durchaus innenpolitische Kritik an Ahmadinedschad hervorgerufen. Selbiges gilt bezüglich der Wirtschaftspolitik des Präsidenten, der eine gerechtere Verteilung der Erdöleinnahmen versprochen hatte und dem vorgehalten wird, Devisen in Höhe von 300 Milliarden Dollar für populistische Zwecke verschwendet zu haben.

► 2009, DIE GRÜNE BEWEGUNG

Am 12. Juni 2009 fanden in Iran Präsidentschaftswahlen statt. Laut offiziellem Ergebnis wurde dabei Mahmoud Ahmadinedschad im Amt bestätigt. Viele Iraner reagierten mit Unglauben und warfen der Re-

gierung Wahlbetrug vor. Es folgten massive Proteste, die wochenlang anhielten. Die Oppositionsbewegung forderte Neuwahlen, politische Reformen und eine Liberalisierung. Zudem wurde der Regierung Misswirtschaft vorgeworfen. Das Land leidet unter einer zweistelligen Inflationsrate, die Gewinne aus dem Ölgeschäft fließen in eine populistische Verteilungspolitik. Insbesondere die jüngere Generation ist von Arbeitslosigkeit betroffen.

Das Regime reagierte mit Gewalt auf die Forderungen und schlug die Proteste nieder: Bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften gab es Tote und Verletzte. Die Opposition spricht von mehr als 100 Toten, die Regierung von rund 40 Opfern. Amnesty International nennt im Menschenrechtsreport 2010 die Zahl von über 5.000 Verhaftungen.

Die Proteste dieser "grünen Bewegung" - nach der politischen Erkennungsfarbe des Herausforderers Mussawi - dauerten sporadisch bis in den November des folgenden Jahres an, bis sie schließlich vom Sicherheitsapparat erstickt wurden. Die Oppositionsführer Mir Hussein und dessen Ehefrau Rahnavard und Mehdi Karubi wurden im Frühjahr 2011 unter Hausarrest gestellt, der bis heute andauert.

► SEIT 2013, STAATSPRÄSIDENT HASSAN ROHANI

Die "Grüne Bewegung" verfehlte zwar ihr Hauptziel, die Annullierung der Wahlen, doch der Funke des Widerstands war entfacht und das Feuer schwelte im Verborgenen jedoch weiter. Als die Koalition, die die Bewegung angeführt hatte, bei den Präsidentschaftswahlen 2013 Hassan Rohani unterstützte, Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi nicht opponierten und sich die religiösen Reformer nach Rohanis Sieg an seiner Regierung beteiligten, war dies als ob man Wasser aufs Feuer gegossen hätte.

Die Koalition, die zuvor Mir Hossein Mussawi unterstützt hatte, konzentrierte bei den Wahlen 2013 alle ihre Anstrengungen auf einen Sieg Hassan Rohanis. Mohammad Khatami und Hashemi Rafsandschani setzten sich offiziell für ihn ein. Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi befürworteten diese Politik mit ihrem Schweigen und ihren doppeldeutigen Aussagen. Indem die meisten Anhänger der "Grünen Bewegung" Rohani ihre Stimme gaben, ließen sie ihr Hauptanliegen, die Annullierung der vergangenen Präsidentschaftswahlen, Geschichte werden. Die Grüne Bewegung verlor ihre Grundlage.

Am 19. Mai 2017 wurde der moderate Kleriker Staatspräsident Hassan Rohani mit absoluter Mehrheit (57 Prozent) bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt. Im Wahlkampf kündigte Rohani an, sich weiterhin für

eine Verbesserung der Wirtschaftslage und eine Politik der Öffnung Irans nach innen und außen einzusetzen. Aber die Regierung beschnitt 2017 weiterhin massiv die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Zahlreiche friedliche Regierungskritiker wurden aufgrund von vage formulierten Anklagen, die sich auf die nationale Sicherheit bezogen, inhaftiert. Betroffen waren Oppositionelle, Journalisten, Blogger, Studierende, Filmemacher, Musiker, Schriftsteller, Menschenrechtsverteidiger, Frauenrechtlerinnen und Aktivistinnen, die sich für die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten einsetzten. Im Visier standen außerdem Umweltschützer, Gewerkschafter, Gegner der Todesstrafe, Rechtsanwälte sowie Aktivistinnen, die Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für Massenhinrichtungen und das Verschwindenlassen von Menschen in den 1980er Jahren forderten.

Viele gewaltlose politische Gefangene traten 2017 in den Hungerstreik, um gegen ihre unrechtmäßige Inhaftierung zu protestieren.

Nach den Protestdemonstrationen, die Ende Dezember 2017 im ganzen Land ausbrachen, nahmen die Behörden Hunderte von Menschen fest. Es gab Berichte, wonach Sicherheitskräfte mit Schusswaffen und anderer exzessiver Gewaltanwendung gegen Protestierende vorgehen und unbewaffnete Demonstrierende töteten oder verletzten. Am 31. Dezember sperrte der Minister für Information und Kommunikationstechnologie den Zugang zum beliebten Internet-Nachrichtendienst Telegram und zum Bilder- und Videodienst Instagram, die beide von Aktivistinnen genutzt wurden, um die Proteste bekanntzumachen und zu unterstützen.

Die Oppositionsführer Mehdi Karroubi und Mir Hossein Mussawi sowie dessen Ehefrau Zahra Rahnavard standen noch immer ohne Anklage oder Gerichtsverfahren unter Hausarrest, der 2011 gegen sie verhängt worden war.

► ANDERE OPPOSITIONEN GEGEN DIE IRANISCHE REGIERUNG

Die Iranische Freiheitsbewegung

Als eine der ältesten noch zugelassenen Parteien wird sie als „Semi-Opposition“ oder „loyale Opposition“ zum derzeit herrschenden Regime betrachtet. Die Bewegung entstand als Abspaltung von der Nationalen Front, nachdem es zum Streit über die politische Ausrichtung und die Bedeutung des Islams als politische Weltanschauung kam.

Die Iranische Freiheitsbewegung sah sich nicht nur in der Nachfolge von Mohammad Mossadegh, son-

dern betonte auch ihre islamische Ausrichtung. Mehdi Bāzargān erklärte: „Wir sehen Religion und Politik nicht getrennt und betrachten den Dienst für das Volk als einen Dienst an Gott.“ Bāzargān strebte ein politisches Bündnis zwischen den linken Nationalisten und den rechtsgerichteten politisch aktiven Geistlichen. Obwohl sie das herrschende System im heutigen Iran in Frage stellt, gehört sie zu den wenigen Gruppen, deren Existenz trotzdem im Land weiter geduldet wird. Seit 1988 gab es immer wieder Verhaftungen von Aktivisten der Gruppierung. Ihr Einfluss auf die iranische Politik hat immer mehr abgenommen. Kandidaten der Freiheitsbewegung wurden wiederholt durch den Wächterrat zu Wahlen generell nicht zugelassen.

Ex-Kronprinz Reza Pahlavi



Seit Jahren lässt Pahlavi keine Gelegenheit aus, sich als möglicher Befreier Irans von den Ayatollahs zu profilieren. Wo immer der 56-Jährige auftritt - vorzugsweise in den USA, dem Refugium vieler Exiliraner, wo

auch er mit seiner Familie in einem Vorort Washingtons lebt - vermittelt er den Eindruck, er stehe zur Verfügung: "Wenn das Volk mich ruft, bin ich bereit", betont er in jedem Interview demütig-selbstbewusst. Der frühere Kampfpilot, der im Alter von 19 Jahren überstürzt seine Heimat verlassen musste, ist freilich intelligent genug, um zu wissen, dass in Teheran niemand wirklich auf die Restauration des Schah-Regimes wartet. Daher plädiert er für eine Volksabstimmung: "Lasst das Volk entscheiden".

Er arbeite mit allen zusammen, die sich für einen freien, säkularen Iran einsetzen, sagt er. Das sind bekanntlich sehr viele: Irans Oppositionelle im Ausland sind hoffnungslos zerstritten, und sie haben zum Teil auch die Verbindung zum Widerstand im Land selbst verloren. Pahlavi hat sich zum Ziel gesetzt, "die fragmentierten Gruppen zu vereinen". Seine Abstammung, sagt er, gebe ihm das dazu notwendige Renommee. Das allerdings kann man auch ganz anders sehen: Das brutale Regime seines Vaters war zuletzt verhasst - nicht nur unter den Islamisten, sondern auch bei den liberalen Anhängern eines säkularen Staates. Schon deshalb ist es unwahrscheinlich, dass Reza Pahlavi jemals der Retter Irans sein wird.

Die Volksmudschahedin



Die Volksmudschahedin wurden am 5. September 1965 von sechs ehemaligen Mitgliedern der Iranischen Freiheitsbewegung gegründet, um gegen die Regierung des Schahs Mohammad Reza Pahlavi und dessen westliche

Orientierung zu opponieren. Sie sind eine militante iranische Oppositionsbewegung. Sie ist Teil des Nationalen Widerstandsrates des Iran, einer Organisation, die sich selbst als säkulares und demokratisches Exilparlament des iranischen Volkes bezeichnet. Eine größere Anzahl Mitglieder der Mudschahedin befindet sich in Albanien.

Die Volksmudschahedin gelten als neostalinistisch orientierte Organisation, die sich in Europa einen demokratischen Anstrich gibt.

„Die Organisation behauptet, Gewalt mittlerweile abzulehnen, kann aber keine Schriften oder Entscheidungen vorweisen, aus denen das hervorgeht. Die Führerin Maryam Radschawi wird „Sonne der Revolution“ genannt und wurde von der Organisation zur iranischen Exilpräsidentin ausgerufen.] Ehemalige Mitglieder und Dissidenten der Volksmudschahedin äußern vor dem Hintergrund sektenähnlicher Zustände regelmäßig Kritik an der Organisation und zweifeln an ihrer Demokratiefähigkeit.

Der versuchte Ausstieg aus der Organisation hat für Mitglieder schwerwiegende persönliche Konsequenzen, die von Strafmaßnahmen wie Zwangsscheidung bis zu öffentlicher Demütigung durch Genossen reichen. Dabei dauern die Repressalien oft bis weit nach dem formellen Austritt an. 1988 wurden bei einer MEK-Offensive auf das iranische Regime Tausende von ihren Kämpfern getötet und anschließend weitere Tausende MEK-Anhänger und andere Oppositionelle in den iranischen Gefängnissen umgebracht. MEK verübte zahlreiche Terroranschläge in den 1990er Jahren, bis 2001 hunderte in aller Welt. Es gibt auch andere Parteien sowie National Front Partei, Links, Vereinigte Republikaner des Iran und Iran Revival, die seit vielen Jahren für einen Regime Change im Iran kämpfen.

Sahar Nasiri

SAMAHÉ



Foto: Samahé

FR

Je m'appelle Samahé Ligier j'ai 23 ans, je viens de Marseille, dans le sud de la France. J'ai pendant plus de deux mois fait un stage au Flüchtlingsrat à Schwerin.

J'ai tout de suite été décontenancer, premièrement par le froid glaciale du nord de l'Allemagne mais surtout par le regard que les habitants de la ville avait sur moi. Mon père est algérien et ma mère française et italienne. Ses origines se voient sur ma peau et sur mes traits. Ce mélange qui semble déplaire à quelque personne à Schwerin était pour moi tout à fait anodin avant mon arrivée ici.

Marseille est la ville la plus cosmopolite de France. Communauté Arménienne, Maghrébine, Comorienne, Italienne, Corse et bien d'autre vivent sous le même toit.

Selon l'historien Yves Gastaut « malgré les spécificités socio-culturelles de chacun et l'attachement puissant de certaines de ces communautés à leurs traditions, la ville de Marseille a toujours su absorber les nouveaux arrivants sans heurts, en faisant montre d'une grande tolérance ».

Imaginez donc le choc, lorsqu'à mon arrivée ici, j'ai découvert que le racisme était encore plus ancré dans les esprits.

Lors d'une réunion avec les membres du Flüchtlingsrat et d'autre association, nous nous sommes rendu dans la ville de Güstrow, et en arrivant un collègue m'a dit que nous étions arrivés dans une ville « nazi », j'étais abasourdi. J'ai, un peu plus tard, fais des recherches sur cette ville de l'Est de l'Allemagne; en 2017 une salle de sport interdit tout citoyens ayant des origines étrangères à rejoindre la salle de gym afin d'en « protéger ses membres » après l'arrestation

de trois hommes pour « terrorisme ». Tous les étrangers sont donc des terroristes? Egoïstement, je me suis dit que si je me présentais devant cette salle de sport l'entrée m'aurait été refusé. Mais quand est-il de toutes ces personnes qui n'ont pas eu d'autre choix que de quitter leur pays, qu'il en était vital pour eux et leurs famille de rejoindre l'Europe. Sont-ils des terroristes? La salle de sport n'est qu'une représentation minime de ce qu'est la réalité.

Je me demande encore comment un être humain peut en rejeter un autre sous couvert de différence religieuse ou ethnique. La France aussi est également touché par le racisme, c'est un combat que le monde entier doit mener.

Ce discours est utopique, j'en ai conscience, mais il est la réponse de le dystopie à laquelle j'ai du faire face. Lors de mon stage au Flüchtlingsrat, j'ai rencontré des personnes dont c'est le combat quotidien. Je me suis rendue tous les lundi avec ma collègue dans un « camps de réfugiés », là ou ces personnes attendent de passer leurs interviews ou attendent une réponse à leurs demande d'asile, afin de répondre a leurs questions ou de leur donner des conseils. Mettre de la distance à était quelque chose de compliqué pour moi. Cette expérience a été très enrichissante pour moi et je remercie toute l'équipe du Flüchtlingsrat de m'avoir accueilli et d'avoir partagé avec moi leur combat.

Schwerin est une très jolie ville, mais elle serait encore plus belle avec plus de couleurs.

ENG

My name is Samahé Ligier, I am 23 years old, I'm from Marseille, in the south of France. For more than two months I did an internship at the Flüchtlingsrat in Schwerin.

I was immediately disconcerted, first by the freezing cold of northern Germany but especially by the way the people of the city looked at me. My father is Algerian and my mother is French and Italian. Its origins can be seen on my skin and my features. This mixture, which seems to displease some people in Schwerin, was quite harmless to me before I arrived here. Marseille is the most cosmopolitan city in France. Armenian Community, North African, Comorian, Italian, Corsican and many others live under the same roof. According to historian Yves Gastaut "despite the socio-cultural specificities of each of these communities and their strong attachment to their traditions, the city of Marseille has always been able to absorb new arrivals smoothly and with great tolerance".

rance". Imagine the shock, then, when I arrived here and discovered that racism was even more deeply rooted in people's minds.

At a meeting with members of the Flüchtlingsrat and other associations, we went to the town of Güstrow, and when we got there a colleague told me that we had arrived in a town, which has trouble with right wing extremism. I was stunned. A little later, I did some research on this city in East Germany; in 2017 a sports hall prohibited any citizens of foreign origin from joining the gym in order to "protect its members" after the arrest of three men for "terrorism". So all foreigners are terrorists? Selfishly, I told myself that if I showed up in front of this gym, I would have been refused entry. But when it comes to all those people who had no choice but to leave their country, it was vital for them and their families to join Europe. Are they terrorists? The gym is only a minimal representation of reality. I still wonder how one human being can reject another under the guise of religious or ethnic difference.

France is also affected by racism, it is a struggle that the whole world must wage. This speech is utopian, I am aware of that, but it is the answer to the dystopia I have had to face. During my internship at the Flüchtlingsrat, I met people whose daily struggle is this. Every Monday I went with my colleague to a "refugee camp", where these people wait to be interviewed or await an answer to their asylum applications, in order to answer their questions or give them advice. Putting a distance between me and their stories was something complicated for me. This experience has been very enriching for me and I thank the whole Flüchtlingsrat team for welcoming me and sharing with me their struggle.

Schwerin is a very pretty city, but it would be even more beautiful with more colors.

DE

Mein Name ist Samahé Ligier, ich bin 23 Jahre alt, ich komme aus Marseille, im Süden Frankreichs. Mehr als zwei Monate lang habe ich ein Praktikum beim Flüchtlingsrat in Schwerin absolviert.

Ich war sofort verunsichert, zuerst durch die eisige Kälte Norddeutschlands, aber vor allem durch die Art und Weise, wie mich die Menschen in der Stadt ansahen. Mein Vater ist Algerier und meine Mutter ist Französin und Italienerin. Deren Ursprünge sind auf meiner Haut und meinen Gesichtszügen zu sehen. Diese Mischung, die einigen Schwerinern unangenehm zu sein scheint, war für mich ziemlich harmlos,

bevor ich hierher kam. Marseille ist die kosmopolitischste Stadt Frankreichs. Eine armenische Gemeinschaft, Nordafrikaner, Komoren, Italiener, Korsen und viele andere leben unter einem Dach.

Laut dem Historiker Yves Gastaut "ist es der Stadt Marseille trotz der soziokulturellen Besonderheiten jeder dieser Gemeinschaften und ihrer starken Verbundenheit mit ihren Traditionen immer gelungen, Neuankommlinge reibungslos und mit großer Toleranz aufzunehmen". Stellen Sie sich den Schock vor, als ich hier ankam und entdeckte, dass Rassismus noch tiefer in den Köpfen der Menschen verwurzelt ist. Bei einem Treffen mit Mitgliedern des Flüchtlingsrates und anderen Vereinen gingen wir in die Stadt Güstrow, und als ein Kollege ankam, sagte er mir, dass wir in einer Stadt seien, die ein Problem mit Rechtsextremismus habe. Ich war fassungslos. Wenig später recherchierte ich über diese Stadt in Ostdeutschland; 2017 verbot eine Sporthalle allen Bürgern ausländischer Herkunft den Zutritt zum Fitnessstudio, um ihre Mitglieder nach der Verhaftung von drei Männern wegen "Terrorismus" zu "schützen". Also sind alle Ausländer Terroristen? Egoistisch sagte ich mir, dass, wenn ich vor diesem Fitnessstudio auftauchte, mir der Eintritt verweigert worden wäre. Aber wenn es um all die Menschen geht, die keine andere Wahl hatten, als ihr Land zu verlassen, war es für sie und ihre Familien von entscheidender Bedeutung, nach Europa zu kommen. Sind das Terroristen? Die Turnhalle ist nur eine minimale Darstellung der Realität. Ich frage mich immer noch, wie ein Mensch einen anderen unter dem Deckmantel der religiösen oder ethnischen Differenz ablehnen kann. Frankreich ist auch vom Rassismus betroffen, es ist ein Kampf, den die ganze Welt führen muss.

Diese Rede ist utopisch, das ist mir bewusst, aber sie ist die Antwort auf die Dystopie, mit der ich konfrontiert war. Während meines Praktikums im Flüchtlingsrat habe ich Menschen getroffen, deren täglicher Kampf dies ist. Jeden Montag ging ich mit einer Kollegin in eine Erstaufnahmeeinrichtung, wo viele Menschen auf ein Interview warten oder auf eine Antwort auf ihren Asylantrag, um ihre Fragen zu beantworten oder ihnen Ratschläge zu geben. Abstand zu nehmen, war für mich etwas Schwieriges.

Diese Erfahrung war für mich sehr bereichernd und ich danke dem gesamten Flüchtlingsrat-Team, dass es mich willkommen geheißen und seinen Kampf mit mir geteilt hat. Schwerin ist eine sehr schöne Stadt, aber sie wäre noch schöner, wenn sie bunter wäre.

Samahé Ligier- Boudhouiou

GENITALVERSTÜMMELUNG

DEFINITION

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fasst unter weiblicher Genitalverstümmelung/ -beschneidung (Female Genital Mutilation/Cutting, FGM/C) alle Praktiken zusammen, bei welchen die äußeren weiblichen Geschlechtsorgane aus nicht medizinischen Gründen teilweise oder vollständig entfernt beziehungsweise verletzt werden.

TRADITION UND GRÜNDE

Für viele Menschen aus Europa ist die Beschneidung von Frauen oft schwer nachvollziehbar. Die Motive sind vielfältig und unterscheiden sich u.a. durch Religion und Ethnie, haben jedoch meist einen Ursprung in Traditionen und Glauben. Die Beschneidung (female circumcisions) wird als feierlicher Initiationsritus begangen, bei dem ein Mädchen im Mittelpunkt steht und offiziell als erwachsene Frau anerkannt wird. Mit der Beschneidung einher gehen oftmals verschiedene Rituale und Unterweisungen, die dem Mädchen das kulturelle Wissen ihrer Gemeinschaft vermitteln sollen. Die Beschneidung selbst könne demnach als Teil dieses Übergangs zum Erwachsensein aufgefasst werden: Die Jugendliche lerne, Schmerzen zu ertragen und ihren Körper kontrollieren zu können. Das Vorliegen der Beschneidung diene als Symbol dafür, dass die Frau diesen Prozess durchlaufen hat, ein integraler Bestandteil ihrer Kultur ist und deren Werte teilt. Nicht beschnittene Mädchen riskieren, sozial ausgegrenzt zu werden. Beschnittene Genitalien gelten in den praktizierenden Gemeinschaften als eine notwendige Voraussetzung für Heirat. Eine Untersuchung im Sudan stellte fest, dass – mit steigender wirtschaftlicher Abhängigkeit von Männern – Frauen besonders darauf bedacht sind, ihre Heiratsfähigkeit aufrechtzuerhalten sowie ihre Ehemänner sexuell und reproduktiv zufrieden zu stellen, um Scheidung zu verhindern. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit riskieren Eltern sehr selten, ihre Töchter unbeschnitten zu lassen. In einer Umfrage in Ägypten gaben Eltern an, dass Mädchen zunehmend länger zur Schule gehen und Frauen aufgrund der wirtschaftlichen Umstände außerhalb des Heims arbeiten müssen. Weibliche Genitalbeschneidung wurde als Schutz angesehen, weil Begleitung nicht immer möglich sei. Zudem erklärten einige Eltern, dass Ehemänner zunehmend und über viele Jahre hinweg als Wanderarbeiter tätig sind und dass Beschneidung Frauen vor Unehre schütze, indem sie ihre sexuellen Bedürfnisse beruhige.

GENITALVERSTÜMMELUNG ODER GENITALBE-SCHNEIDUNG?

Welcher Begriff die Praktiken von FGM/C am treffendsten beschreibt, wird international kontrovers diskutiert. Die Bezeichnung «Genitalverstümmelung» (Female Genital Mutilation, FGM) wurde von Aktivistinnen und Aktivisten geprägt, um auf die Tragweite des Eingriffs aufmerksam zu machen. In den 1990er Jahren hat sich der Begriff «FGM» international durchgesetzt. Er wird so auch von der Weltgesundheitsorganisation WHO verwendet. Allerdings lehnen viele Betroffene diese Begriffsverwendung ab, da sie sich vom Bild der «verstümmelten Frau» stigmatisiert fühlen. Sie bevorzugen deswegen die neutralere Form «Beschneidung». Diese Bezeichnung wird wiederum von anderer Seite kritisiert, da sie die Praktiken von FGM/C verharmlosen würde.

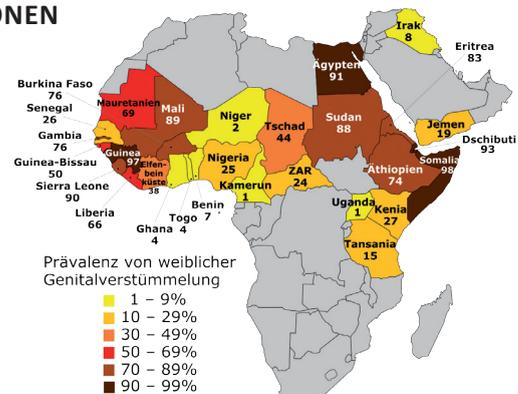


https://de.wikipedia.org/wiki/Weibliche_Genitalver%C3%BCmmelung
Klinge zur Beschneidung aus Esperance, Südwesten Australiens (aufgenommen ins British Museum 1905)

BESCHNEIDUNGSSALTER

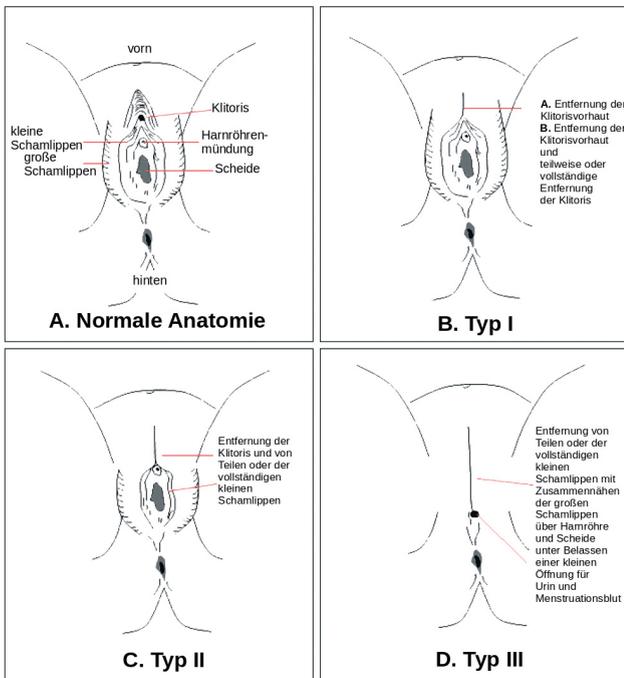
Der Zeitpunkt der Beschneidung ist je nach praktizierender Gemeinschaft unterschiedlich. Je nach Tradition wird FGM/C kurz nach der Geburt, beim (Klein-)kind, in der Pubertät, unmittelbar vor oder nach der Eheschließung oder nach der ersten Entbindung ausgeführt. Meistens sind die Mädchen zwischen 0 und 15 Jahre alt, wenn sie beschnitten werden.

REGIONEN



https://de.wikipedia.org/wiki/Weibliche_Genitalver%C3%BCmmelung
Regionale Verbreitung in Afrika (nach Daten von UNICEF, 2015)

BESCHNEIDUNGSFORMEN



<https://mama-afrika.org/info/genitalverstuemmung/>
Formen der Genitalverstümmelung

Beschneidungsformen (nach WHO): A Normale Anatomie B Klitorisvorhaut und gegebenenfalls Klitoris wurden entfernt C Klitorisvorhaut und gegebenenfalls Klitoris sowie die inneren Schamlippen wurden entfernt D Klitorisvorhaut und Klitoris sowie die Schamlippen wurden entfernt und die Vaginalöffnung teilweise zugenäht

Je nach Region und praktizierender Gemeinschaft variiert die Art der Beschneidung. Die WHO unterscheidet vier Formen der weiblichen Genitalbeschneidung:

Typ I - Entfernung oder Verletzung der Klitoris und/oder Klitorisvorhaut

Typ I, die „Klitoridektomie“, bezeichnet die teilweise oder vollständige Entfernung des äußerlich sichtbaren Teils der Klitoris und/oder der Klitorisvorhaut.

Die Klitoridektomie wird regelmäßig praktiziert, wenn die Gesellschaft Mädchen für unrein hält oder weil einige Religionsgelehrte dies als verpflichtend bezeichnen. Dabei empfiehlt keine heilige Schrift die weibliche Genitalverstümmelung und auch vermeintlich harmlose Eingriffe schädigen die psychische und körperliche Gesundheit des Mädchens (z.B. durch Infektionsrisiken), was in allen Weltreligionen verboten ist.

Ist von der „milden“ Sunna-Beschneidung (sunna:

arabisch für „empfohlen“) zu lesen, bezeichnet dies häufig einen kleinen Schnitt in der Klitoris, so dass „nur“ ein Bluttröpfchen fließt. Mitunter werden jedoch auch Eingriffe als „sunna“ bezeichnet, bei denen Gewebe entfernt wird.

Typ II - zusätzlich zu Typ I werden die inneren Schamlippen gekürzt oder komplett entfernt

Typ II, die „Exzision“, bedeutet, dass der äußerlich sichtbare Teil der Klitoris sowie die inneren Schamlippen teilweise oder vollständig entfernt werden. Mitunter werden auch die äußeren Schamlippen verstümmelt. Diese Form der Genitalverstümmelung wird oft zum Zwecke der Initiation, welche den Übergang vom Kind sein zur Frau darstellt, praktiziert. Teil des Rituals ist es z.B., dass das Mädchen während der Genitalverstümmelung weder weint noch schreit. Dadurch soll sie ihren erwachsenen Charakter beweisen und zeigen, dass sie würdig ist, in der Gesellschaft die für sie bestimmte Rolle zu erfüllen.

Typ III - komplettes äußeres Genital wird entfernt und bis auf ein kleines Loch zugenäht

Typ III, die „Infibulation“, ist die schwerste Form von weiblicher Genitalverstümmelung. Das gesamte Genital (Klitoris(vorhaut) und Schamlippen) werden entfernt und die Wunde bis auf ein kleines Loch zugenäht. Durch dieses kleine Loch sollen Urin und Menstruationsblut abfließen, aber keine Penetration möglich sein. Diese Form wird vor allem in Gemeinschaften praktiziert, in denen der Wert einer Frau allein durch Jungfräulichkeit und eheliche Treue bestimmt wird. Die Penetration in der Hochzeitsnacht oder eine Geburt kann den Schmerz und das Trauma der Genitalverstümmelung reaktivieren oder sogar noch übertreffen.

Typ IV - jegliche andere Praktiken die teilweise physische und/oder psychische Schäden hinterlassen

Typ IV bezeichnet alle weiteren, medizinisch nicht begründeten Eingriffe, welche die Vulva und Klitoris der Frau nachhaltig schädigen. Darunter fallen z.B. Ätzen, Brennen, Scheuern und das Auftragen von nervenschädigenden oder betäubenden Substanzen. Praktiken wie das Räuchern, Tupfen oder Auflegen von magischen Gegenständen hinterlässt zwar keine physischen Schäden, wird aber dennoch in der Absicht ausgeübt, die Sexualität des Mädchens zu kontrollieren. LB

Quellen

World Health Organisation (WHO) (2016): Female Genital Mutilation.

Ihring, Isabelle (2015). Weibliche Genitalverstümmelung im Kontext von Migration. Opladen, Berlin & Toronto: Budrich Unipress.

TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V.

[wikipedia.org/wiki/Weibliche_Genitalverst%C3%BCmmelung](https://mama-afrika.org/info/genitalverstuemmung/)

<https://mama-afrika.org/info/kultureller-hintergrund/>

- Psychosoziales Zentrum des Curiates e.V. Institutsambulanz für Geflüchtete
- Psychosocial Centre of Curiates Inc. Institutional Ward for Refugees
- المركز النفسي والاجتماعي التابع لجمعية كوغياتيس العيادة الخارجية للاجئين
- Le Centre psycho-social «Les Curiates» e.V., Institut de jour pour les exilés
- Психосоциальный центр учреждение для беженцев

Le centre Psychosocial „Les Curiates“ e.V. Institut de jour pour les réfugiés Güstrow/Rostock

La fonction des établissements psycho-sociaux de Güstrow et de Rostock est d'assurer des soins thérapeutiques aux enfants et adolescents exilés, jusqu'à l'âge de 18 ans, ainsi qu'aux migrant.e.s et aux demandeur.euse.s d'asile. Une équipe de professionnels proposent des consultations et des soins psychothérapeutiques. Le financement est pris en charge par toutes les caisses d'assurance maladies et les services sociaux.

Type de thérapie proposée: Diagnostics et soins psycho-thérapeutiques. La présence d'un.e interprète est assurée, si besoin est. Stabilisation psychique, thérapie de courte ou de longue durée.

Propositions de consultations: Conseil et assistance en cas de détresse personnelle. Conseil en matière juridique, médicale et sociale.

Психосоциальный центр «Curiates e.V.» учреждение для беженцев в Густрове и в Росток

Наши учреждения в Густрове и в Росток служат терапевтическим обеспечением детей и подростков ищущих убежище (от 0 до 18 лет.), как и для взрослых ищущих убежище и для мигрантов.

Профессиональная команда предлагает психотерапевтические консультации и лечения.

Финансирование: все больничные кассы и соцамты

Терапевтическое предложение:

Диагностика и психотерапевтическое лечение. Если нужно с переводчицей/ переводчиком (конфиденциально)

Психологическая стабилизация, краткосрочная или долгосрочная терапия

Предложение консультации:

Совещание и помощь в критических личных положениях.

Совещание о медицинских, социальных юридических вопросах.

Impressum:
Psychosoziale Einrichtung des Curiates e.V.
Kösterstraße 6a
18273 Güstrow

Psychosoziale Einrichtung des Curiates e.V.
Paulstraße 48-55/Ecke Reiferweg
18055 Rostock

Projektleitung: Frau S. Pinto
Tel. Güstrow: (03 84) 37 76 58 81
Fax Güstrow: (03 84) 37 76 58 82
Tel. Rostock: (03 81) 37 79 53 30
Fax Rostock: (03 81) 37 79 53 32
E-Mail: psz@curiates.de
Homepage: www.curiates.de

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter
0152 / 24 84 29 71 oder psz@curiates.de

Psychosoziales Zentrum des Curiates e.V. Institutsambulanz für Geflüchtete Güstrow/Rostock

Die psychosozialen Einrichtungen in Güstrow und Rostock dienen der therapeutischen Versorgung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 18, sowie erwachsenen Asylsuchenden und Migrant*innen. Durch ein professionelles Team werden psychotherapeutische Beratungen und Behandlungen angeboten.

Finanzierung: alle Kassen und Sozialämter.

Therapieangebote: Diagnostik und psychotherapeutische Behandlung. Bei Bedarf Dolmetscher geschützt. Psychische Stabilisierung, Kurz- und Langzeittherapie.

Beratungsangebote: Beratung und unterstützende Hilfestellung in persönlichen Notlagen. Beratung zu gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Fragestellungen.

Psychosocial Centre of Curiates Inc. Institutional Ward for Refugees Güstrow/Rostock

The psychosocial institutions in Güstrow and Rostock care about the therapeutic treatment of refugee children and adolescents up to 18 years of age. We also help adult asylum seekers and migrants.

A professional team offers psychotherapeutic assistance and counselling.

This is financed by all health insurance companies and social welfare offices.

Possible therapies: Diagnosis and psychotherapeutic treatment; if required assisted by an interpreter.

Psychologic stabilization, short and long time therapy.

Counselling: Additional assistance with personal distress.

Help with problems and questions concerning health, law and social matters.

المركز النفسي والاجتماعي التابع لجمعية كورياتيس

العيادة الخارجية للاجئين

غوسترو - روستوك

- التشخيص والعلاج النفسي (بوجود مترجم عند الحاجة) .
- الاستقرار النفسي (العلاج على المدى القصير والطويل).

خدمات المشورة

- تقديم المشورة والدعم في حالات الطوارئ الشخصية.

- تقديم المشورة والدعم بشأن جميع الاسئلة المتعلقة بالقضايا الصحية والاجتماعية والقانونية.

يقدم المركز النفسي الاجتماعي في غوسترو و روستوك الرعاية العلاجية للاجئين الأطفال والشباب من عمر حديثي الولادة وحتى عمر 18 سنة، وكذلك طالبي اللجوء البالغين والمهاجرين من خلال فريق محترف يقدم العلاج والمشورة.

مركز خدمات مددکاری و مشاوره روانشناسی کوریاتیس

کلینیک سربانی برای پناهجویان در شهرهای گوسترو و روستوک .

این مرکز مددکاری و مشاوره روانشناسی در گاسترو و روستوک خدمات مراقبت های درمانی برای کودکان و نوجوانان پناهجو از 0 تا 18 ساله و همچنین پناهجویان و مهاجران بزرگسال ارایه میدهد

. مشاوره و روان درمانی توسط یک تیم باتجربه و حرفه ای

پرداخت هزینه ی مشاوره و درمان از طریق همه ی بیمه های درمانی و ادارهای تامین اجتماعی

خدمات پیشنهادی شامل تشخیص و درمان از طریق مشاوره روان درمانی خواهد بود

در صورت نیاز، مترجم نیز توسط مرکز درمانی سفارش داده خواهد شد

درمان کوتاه و بلند مدت به هدف رسیدن به ثبات روحی و روانی مراجعین

خدمات مشاوره و پشتیبانی و کمک به افراد در موقعیت های اضطراری

مشاوره در مورد مسائل بهداشتی ، اجتماعی و حقوقی

DAS „NETZWERK GEWALTSCHUTZ“ – EIN KOOPERATIONSPROJEKT ZUM SCHUTZ GEFLÜCHTETER VOR HÄUSLICHER UND SEXUALISierter GEWALT



Das Projekt „Netzwerk Gewaltschutz – gegen häusliche und sexualisierte Gewalt an geflüchteten Menschen in Stadt und Landkreis Rostock“ ist beim Rostocker „Frauen helfen Frauen e.V.“ angesiedelt.

Der Verein leistet seit inzwischen 30 Jahren Anti-Gewalt-Arbeit, zu ihm gehört u.a. auch das Rostocker Frauenhaus, die Fachberatungsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt oder auch die psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten. Um die Zielgruppe geflüchteter Menschen, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind, besser zu unterstützen, wurde das „Netzwerk Gewaltschutz“ im Oktober 2017 gestartet. Im ersten Jahr (2017 – 2018) wurde das Projekt finanziell durch die Stiftung „Aktion Deutschland hilft“ gefördert. Im Zeitraum vom 1.1.2019 – 31.12.2020 finanziert die „Aktion Mensch“ das modifizierte Projekt.

HINTERGRUND UND ZIELE

Das übergeordnete Ziel des Projektes ist es, Menschen mit Fluchthintergrund, dabei insbesondere geflüchtete Frauen und LGBTIQ*-Geflüchtete, in der Region Rostock vor häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen. Dazu sollen die lokalen Einrichtungen der Anti-Gewalt-Arbeit (wie z.B. die Fach-/Beratungsstellen und die Frauenhäuser) mit den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende vernetzt werden und zu einer engen Kooperation der beiden Arbeitsbereiche, also der Anti-Gewalt-Arbeit und der Migrations-/Fluchtarbeit, führen. Zudem wird eine trägerübergreifende Qualifizierung der Mitarbeitenden je zu den Themen Gewaltschutz bzw. zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen angestrebt. Das „Netzwerk Gewaltschutz“ möchte außerdem erreichen, dass gewaltbetroffene Menschen mit Fluchthintergrund den Weg zum Beratungs- und Hilfenetz in der Region Rostock finden. Grundsätzlich sollen Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften darüber informiert sein, welche Rechte sie in Fällen von körperlicher oder sexualisierter Gewalt haben und an wen sie sich wenden können. Zum anderen sollen Handlungsleitlinien zum Vorgehen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende entwickelt werden, um den betroffenen Geflüchteten bei/nach Gewaltvorfällen die größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Als Kooperationspartner*innen konnten, neben den Vertreter*innen der Anti-Gewalt-Arbeit und der Migrations-/Fluchtarbeit (darunter sind etwa die Trägervereine Ökohaus e.V. und die Malteser Werke gGmbH als auch Integrationslots*innen des Landkreises Rostock), verschiedene Vereine hinzu gewonnen werden: rat+tat e.V. Rostock (ein Verein, der sich für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt einsetzt), der Flüchtlingsrat Mecklenburg Vorpommern sowie Lunte e.V. mit dem Projekt "FemJa" (Beratung für Mädchen und junge Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrung). Das Wissen und die Mitarbeit der Kooperationspartner*innen sind für das Projekt natürlich sehr wichtig und bereichernd.



Das Foto dokumentiert ein Netzwerktreffen vom April 2018.

RÜCKBLICK UND ENTWICKLUNG

Bisher konnte sich das Projekt sehr positiv entwickeln. Während der regelmäßigen Netzwerktreffen wurden bedarfsorientierte anonymisierte Fallbesprechungen durchgeführt, bei der die Kooperationspartner*innen gemeinsam reale Fälle bearbeiteten, die ihnen in der Migrations-/Fluchtarbeit bzw. Anti-Gewalt-Arbeit begegnet sind und bei denen gewaltbetroffene geflüchtete Frauen und LGBTIQ*-Geflüchtete als Betroffene involviert waren. Dabei wechselten sich die Fälle 2018 mit jeweils einer gewaltbetroffenen geflüchteten Frau und einer LGBTIQ*-Person ab. Im Fokus standen dabei, welche Interventionsmöglichkeiten es bei häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt gibt und wie die Kooperation der beiden Arbeitsbereiche den Schutz gewaltbetroffener Geflüchteter verbessern kann. Im Jahr 2019 wurden die Inhalte des Netz-

werks um die Themen Zwangsverheiratung/Menschenhandel, Psychosoziale Zentren für Geflüchtete in der Region Rostock sowie Täter*innenarbeit/Gewaltberatung erweitert.

Die Durchführung von (Weiter-)Bildungsangeboten und Seminaren konnte im Rahmen des Netzwerks Gewaltschutz auch erfolgreich umgesetzt werden. Im Jahr 2018 gab es Fortbildungen zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt. 2019 fanden durch das Projekt organisierte Seminare zu häuslicher Gewalt für die Kooperationspartner*innen statt. Am 7. Mai 2019 wurde darüber hinaus das Fachgespräch "Geflüchtete Frauen im Beratungskontext" als kostenfreies Qualifizierungsangebot durchgeführt. Das Fachgespräch thematisierte u.a. frauenspezifische Fluchterfahrungen und Schutzgründe im Asylverfahren mit Fokus auf geschlechtsspezifische Verfolgungsschicksale.

Ein weiteres Ergebnis des Projekts ist die mehrsprachige „Notfallkarte“ mit den Kontaktdaten der Frauenhäuser und Beratungsstellen der Region Rostock. Das Ziel ist es, den von Gewalt betroffenen Geflüchteten und Migrant*innen mithilfe der Karte niedrigschwellig den Weg zu den Beratungsstellen und weiterführenden Hilfen zu weisen. Die Karte funktioniert mit einer mehrsprachigen Legende. Als Beispiel: Hinter der Illustration für "Häusliche Gewalt" steht in 17 Sprachen die entsprechende Übersetzung. Und auf allen Einrichtungen der Karte, die Betroffene von häuslicher Gewalt unterstützen, findet sich nun jene Illustration wieder. Damit können sich die Betroffenen per Telefon, E-Mail oder persönlich an die gewünschte Beratungsstelle oder das Frauenhaus wenden. Und durch die Illustrationen können auch Betroffene erreicht werden, die nicht so gut lesen können. Die Karten sind extra im Pocket-Format gehalten, damit sie unauffällig in der Hosentasche oder im Portemonnaie "verschwinden" können. Die Karten wurden von der Landeskoordinierungsstelle CORA mit finanzieller Unterstützung vom Landesrat für Kriminalitätsvermeidung M-V herausgegeben, die Illustrationen stammen von Reinhild Kassing.



Notfallkarte

Die Karten können kostenfrei per E-Mail unter netzwerk@fhf-rostock.de oder telefonisch unter der Rufnummer 0381 4010229 bestellt werden.

Im Jahr 2019 fanden zudem zwei Runde Tische mit den Kooperationspartner*innen und mit Vertreter*innen von Behörden und Polizei des Landkreises und der Hansestadt Rostock statt. Hierbei wurde sichtbar gemacht, wo die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Bereich des Gewaltschutzes für geflüchtete Menschen in der Region Rostock bereits gut läuft und wo es Verbesserungsbedarfe gibt - wie etwa die fehlende Finanzierung von Sprachmittler*innen, die die Beratung von Klient*innen, die (noch) nicht Deutsch sprechen sehr erschwert bzw. verunmöglicht.

AUSBLICK

Das große Ziel des Netzwerks Gewaltschutz, die Vernetzung und Kooperation der beiden Arbeitsbereiche der Anti-Gewalt-Arbeit und der Migrations-/Fluchtarbeit, konnte bisher schon gut umgesetzt werden. Einerseits entsteht ein größeres Verständnis für die Prinzipien und auch täglichen Herausforderungen des jeweils anderen Arbeitsbereichs, andererseits entwickeln sich durch die Zusammenarbeit Synergien und „kürzere Wege“, um gewaltbetroffene Geflüchtete zu unterstützen.

Im letzten Projektjahr 2020 werden deshalb auch weiterhin Netzwerktreffen stattfinden. Das erste Treffen fand bereits im Januar 2020 statt und hat sich mit dem Thema "Gewaltschutzkonzepte in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete" befasst. Die noch folgenden Treffen werden u.a. die Inhalte „Kinder als Mit-/Betroffene von häuslicher Gewalt“, Schutz und Unterbringung von LGBTIQ*-Geflüchteten oder „Asylverfahren bei Trennung/Scheidung“ behandeln. Erneut soll es Fortbildungen und Qualifizierungsangebote für die Kooperationspartner*innen geben. Auch ein weiterer Runder Tisch ist in Planung. Um den Schutz geflüchteter Menschen bei häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt wirksam auszubauen, bedarf es weiterer Kooperationsprojekte. Es wäre großartig und wünschenswert, wenn auch in anderen Landkreisen und Regionen in M-V ähnliche Gewaltschutzprojekte folgen würden. Betroffene Geflüchtete sollten hierbei als wichtige Multiplikator*innen unbedingt aktiv in die Projektarbeit miteinbezogen werden.

Rostock, d. 21.2.2020

Rena Sakowski

Netzwerk Gewaltschutz | Frauen helfen Frauen e.V.

Heiligengeisthof 3 | 18055 Rostock

Tel.: 0381-4010229

netzwerk@fhf-rostock.de | www.fhf-rostock.de



free picture on pixabay

URLAUBSREISEN INS HERKUNFTSLAND

Geflüchtete, die in ihr Herkunftsland reisen, um dort „Urlaub zu machen“, erzeugen in den Köpfen so mancher Menschen Bilder von Palmen und Strand und erwecken Neidgefühle. Sie sorgen dafür, dass das rassistisch motivierte Gerede vom „Asylmissbrauch“ sich weiter verstärkt, Politik reagiert, ob denn für Menschen bestimmter Herkunftsländer überhaupt noch Schutzbedarf bestehe, ob es neue Entscheidungsgrundsätze oder erleichterte Abschieberegungen bis hin zur Aufhebung von Abschiebestopps geben solle.

Botschaftsbesuche und Heimreisen spielen derzeit auch immer wieder eine Rolle in den Widerrufsverfahren, die das BAMF nach § 73 Asylgesetz durchführt. Grenzübertritte Geflüchteter werden registriert und an das BAMF gemeldet.

Abgesehen davon, dass viele nur notwendige Fahrten - etwa zu Beerdigungen der Eltern – machen, wie ist denn die rechtliche Situation? Verwirken Geflüchtete, die in ihr Herkunftsland reisen, ihren Schutzanspruch?

Zunächst werden wir im **Asylgesetz** fündig; **§ 72 Abs. 1 Nrn. 1 und 1a AsylG** lauten:

(1) Die Anerkennung als Asylberechtigter und die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erlöschen, wenn der Ausländer

1. sich freiwillig durch Annahme oder Erneuerung eines Nationalpasses oder durch sonstige Handlungen erneut dem Schutz des Staates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, unterstellt,
- 1a. freiwillig in das Land, das er aus Furcht vor Verfolgung verlassen hat oder außerhalb dessen er sich aus Furcht vor Verfolgung befindet, zurückgekehrt ist und sich dort niedergelassen hat,

Demnach dürfen Flüchtlinge, die nach unserem Grundgesetz oder nach der Genfer Konvention anerkannt sind

1. sich nicht in die Botschaft begeben und einen Nationalpass holen,
- 1a. nicht freiwillig zurückkehren, um sich niederzulassen.

Dieser Passus gilt also einerseits zunächst gar nicht für subsidiär Geschützte.
Es ist zum anderen von „niederlassen“ die Rede.

Von einer Niederlassung des Ausländers ist aber nur auszugehen, wenn sich der Betreffende in seinem Heimatland nicht nur vorübergehend aufhält, sondern dort seinen Aufenthalt in der Absicht begründet, einen Wohnsitz zu nehmen und eine Existenz aufzubauen und damit zu erkennen gibt, dass er sich wieder dem Schutz des Herkunftsstaates unterstellt. Ob ein Aufenthalt nicht (mehr) als nur vorübergehend anzusehen ist, ist nach Maßgabe objektiver Kriterien anhand der konkreten Gegebenheiten des Einzelfalles zu beurteilen (s. BeckOK AuslR/Fleuß). Fährt also jemand zu einer Beerdigung, möchte jemand die lang vermisste Familie noch einmal wiedersehen, handelt es sich gar nicht um eine Niederlassung.

Nach der einschlägigen Rechtsprechung (vgl. z.B. VG Oldenburg, Urteil vom 19.12.2011 – 11 A 2138/11 m.w.N.) muss die Rückkehr nach ihrer Dauer, ihrem Anlass, der Art der Einreise sowie dem Ort des Aufenthaltes Grund für die Annahme bieten, in ihr dokumentiere sich der Wegfall des Verfolgungsinteresses. Nicht ausreichend ist danach etwa eine Rückkehr in das Heimatland zur Erfüllung einer sittlichen Pflicht; auch bloße sich nicht über längere Zeiträume erstreckende Besuchsaufenthalte im Heimatland stellen

noch keine Niederlassung dar, sofern diese nicht eine gewisse Regelmäßigkeit aufweisen (vgl. BVerwG, Urteil vom 19. September 2000 - 9 C 12/00).

Mit einfachen Worten: Wer Hilfsgüter nach Syrien bringt, wer dort sein in Deutschland geborenes Kind der Familie vorzeigen möchte, wer ein letztes Mal seine pflegebedürftige Mutter sehen möchte, dafür einen Teil seines Jahresurlaubs nutzt, lässt sich nicht nieder, geht aber das Risiko ein, ggf. verhaftet zu werden, umzukommen, nicht wieder nach Deutschland zurückzukommen. Die allermeisten reisen deswegen nicht zurück ins Herkunftsland.

Etwas Anderes gilt, wenn sich solche Aufenthalte häufen und eine gewisse Regelmäßigkeit annehmen oder länger andauern, etwa 6 Monate und länger (vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 15.08.2013 - 8 K 5742/13; VG Köln, Urteil vom 25.08.2015 - 12 K 4045/14). Für eine Niederlassung sprechen nach den eben genannten Urteilen auch die Anmietung einer Wohnung und die Aufnahme von Arbeit im Herkunftsstaat.

Wir raten Geflüchteten, unabhängig davon welchen Titel sie haben, nur die allernotwendigsten Fahrten zu unternehmen und nicht in das Herkunftsland zu reisen, um sich weder den dortigen Gefahren auszusetzen noch weiter mittelbar die Asylbedingungen der neuen Antragsteller*innen zu verschlechtern. Zudem müssen Leistungsempfänger*innen die Leistungsbehörden von Ausreisen in Kenntnis setzen. Das Gerede vom „Missbrauch“ ist auch in dieser Hinsicht fehl am Platz.

USK



free picture on pixabay

MIGRANTISCHE UND POSTMIGRANTISCHE PERSPEKTIVEN - EIN INTERVIEW MIT DER NEUEN INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Das Interview mit der neuen Integrationsbeauftragten der Landesregierung Reem Alabali-Radovan führte Carmen Ziegler

1. Wir freuen uns, dass die Stelle der Integrationsbeauftragten so schnell wiederbesetzt wurde. Aber für die, die mit dem Thema noch nicht so vertraut sind: was macht eigentlich eine Integrationsbeauftragte?

Eine Integrationsbeauftragte ist in erster Linie Ansprechpartnerin für alle Menschen die hauptamtlich oder ehrenamtlich im Bereich Migration und Integration tätig sind und ist die Schnittstelle zwischen diesen Netzwerken und der Landesregierung. Ich vermittele, schaffe Netzwerke und bringe Themen voran, die integrationspolitisch wichtig sind. Ich berate die Landesregierung in integrationspolitischen Themen und werbe auch dafür, dieses Thema überall mit zu bedenken.

2. Was hat Sie geprägt?

Ich bin in Mecklenburg-Vorpommern aufgewachsen. Ich habe irakische Wurzeln und bin selbst als Flüchtlingskind nach Deutschland gekommen. Wir wurden über das EASY System nach Mecklenburg-Vorpommern verteilt, und wir sind dann aber auch hier geblieben. Ich bin in Schwerin zur Schule gegangen, zum Studium nach Berlin, wieder zurückgekommen und habe in der Erstaufnahmeeinrichtung Nostorf-Horst und in der Außenstelle Stern Buchholz gearbeitet. Dort habe ich im Mai 2015 angefangen und das waren sehr prägende Jahre, beruflich als auch persönlich. Diese Herausforderung mit den vielen Menschen, die zu uns gekommen sind, auf die wir in der Form nicht gut genug vorbereitet waren. Aber das ganze Engagement war auch beeindruckend. Ich konnte dort mit den Geflüchteten direkt sprechen und hoffentlich in vielen Fällen auch weiterhelfen. Der direkte Kontakt vor Ort hat mich geprägt. Das hat mich auch dazu gebracht, in dem Thema weiter zu arbeiten. Ich war dort bis 2018 und habe gemerkt, dass diese klassische Ausländerbehördenarbeit oder auch die Verwaltungsarbeit in der Erstaufnahmeeinrichtung für mich nicht genug war. Deshalb habe ich mich dann bei Dagmar Kaselitz beworben, weil mich der Schritt danach interessiert hat: Was passiert nach der Aufnahme.

Das hat sehr viel Spaß gemacht, und ich bin sehr froh, dass ich das jetzt in der Form weitermachen kann. Dadurch, dass ich selbst einen Migrationshintergrund habe, versuche ich auch immer diese migrantische und post-migrantische Perspektive mit einfließen zu lassen. Ich denke, das ist ein großer Vorteil in dem Job.

3. Können Sie Beispiele nennen, was Sie geprägt hat?

Natürlich mussten wir damals auch Nachtschichten machen, als die Busse aus München kamen mit Menschen, die eigentlich gar nicht richtig wussten, wohin es geht. Die dann aufzunehmen und zu beruhigen, mitten in der Nacht in Nostorf Horst, das waren krasse Momente. Auch die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr war wirklich gut und sehr hilfreich. Dieser Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Institutionen war in dem Moment total beeindruckend. Ebenso die Schicksale von Müttern oder jungen Männern, die ihre Kinder in der Türkei oder Kriegsgebieten gelassen hatten. Viele haben versucht, ihre Kinder über den Familiennachzug zu sich zu holen, aber das war schwierig zu dem Zeitpunkt. Das waren für mich immer die herzerreißenden Momente, wenn Menschen, die es selbst geschafft haben und angekommen sind, aber dann total bedrückt waren, weil ihre Familien noch nicht in Sicherheit waren. Auch Geflüchtete sind keine homogene Gruppe. Jeder geht anders mit diesen Erlebnissen um. Da kultursensibel zum einen aber auch generell empathisch zu reagieren, gerade in Stresssituationen, war natürlich nicht einfach, also auch eine Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst.

4. Neu verabschiedet wurde ja das Integrationskonzept, an dem viele Integrationsakteure, Multiplikatoren, Verbände etc. mitgearbeitet haben. Was wird Ihr Schwerpunkt für die nächste Zeit sein? Was haben wir da in der nächsten Zeit zu erwarten?

Ein ganz großer Schwerpunkt von mir als auch dem Sozialministerium ist die interkulturelle Öffnung der



Verwaltung, über die wir auch in der neuen Fortschreibung ein eigenes Kapitel haben. Es ist für uns wichtig, als Spiegelbild der Gesellschaft auch in der Verwaltung eine Vorbildfunktion zu übernehmen, und zum anderen auch die Akzeptanz beim Thema Interkulturalität in der Gesellschaft voran zu treiben. Ziel ist es, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Glaubensrichtung, unterschiedlichen Geschlechts und sexueller Vielfalt in den Verwaltungen repräsentiert sind. Das ist ein großer Schwerpunkt. Dann wird jetzt die Fachkräfteeinwanderung und natürlich die Integration in den Arbeitsmarkt ein ganz wichtiger Schwerpunkt in den nächsten Jahren sein, weil wir durch das Fachkräfteeinwanderungs-, Beschäftigungsduldungs- und Ausbildungsduldungsgesetz die Hürden für Migrantinnen und Migranten lockern, in den deutschen Arbeitsmarkt einzusteigen. Die gesellschaftliche Integration in dem Zusammenhang wird durch die Gesetze nicht bestimmt. Da müssen wir auf jeden Fall viel mehr tun. Wir müssen auch daran arbeiten, dass Menschen gerne nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, gerne hier arbeiten und auch in der Gesellschaft akzeptiert werden. Das ist in dem Zusammenhang

auch ein großer Schwerpunkt. Wir möchten mit dem Landesintegrationsbeirat und den verschiedenen Arbeitsgruppen, auch dieses Konzept umsetzen, und weiterhin mit den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in dem Bereich schauen, wie wir diese Aufgabe gemeinsam bewältigen können. Wir verstehen es nicht als starres Konzept. Themen, die wir jetzt noch nicht mit drin haben, können trotzdem im Landesintegrationsbeirat bearbeitet und umgesetzt werden, wie z.B. das Thema Männlichkeit und Flucht. Das wurde mit in das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Schwerin aufgenommen. Das ist zum Beispiel ein Thema, das wir auch in unserer Arbeit aufgreifen, obwohl es jetzt nicht explizit als Handlungsfeld vermerkt ist.

5. Was können Sie für Menschen mit prekärem Aufenthalt tun, also für Asylsuchende, Geduldete oder gar Menschen ohne Papiere?

Wir fördern über den Integrationsfonds auch Projekte, die unabhängig vom Aufenthaltsstatus arbeiten. Je nach Handlungsfeld ist das Integrationskonzept

nicht beschränkt auf Menschen mit einem festen Aufenthaltsstatus. Natürlich sind wir da aber auch im Zwiespalt. Ich freue mich darüber, dass wir über den Integrationsfonds auch Mittel zur Verfügung stellen für Projekte, die außerhalb von diesem Denken, vom Aufenthaltsstatus usw. liegen. Es geht um Zuwanderung und gesellschaftliche Integration, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

6. Sie sind zu schwierigen Zeiten Integrationsbeauftragte geworden, nach den Anschlägen in Hanau. Vor noch nicht lange Zeit wurde Walter Lübke erschossen und der NSU war auch in MV aktiv. Was ist jetzt politisch zu tun?

Politisch ist unglaublich viel zu tun. Ich war kürzlich bei der Bundesbeauftragten für Migration und Integration Staatsministerin Annette Widmann-Mauz. Wir haben gerade über die jüngsten Ereignisse gesprochen. Es ist ja nicht nur Hanau, wie Sie schon gesagt haben, es ist eine Reihe von Ereignissen, die sehr beunruhigend sind. Wir haben explizit über den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gesprochen.

Wir haben eine Resolution verfasst, in der wir sagen, dass wir Demokratieprojekte stärker fördern möchten, dass wir die interkulturelle Öffnung weiter vorantreiben möchten und eigentlich in allen Bundesländern schauen müssen, was wir noch mehr im Kampf gegen Rassismus tun können. Wir haben natürlich schon vorher einiges getan.

Wir haben das Beratungsnetzwerk für Demokratie und Toleranz, die Landeszentrale für politische Bildung und Projekte im Bereich Demokratie leben. Aber wir müssen jetzt in den nächsten Wochen schauen, was wir noch mehr tun können, wie wir besser vernetzen können.

Wofür ich mich ganz stark ausspreche, sind die Migrant*innenorganisationen und speziell Migranet als Dachverbandstärker mit einzubeziehen auch im Bereich Demokratieförderung. Also, dass wir die Beratungsnetzwerke und die Projekte im Bereich politische Bildung und Demokratie auch aus dieser Perspektive der Migrant*innenorganisationen vereinen, und überhaupt diesen Dialog schaffen, der teilweise noch nicht stattfindet. Wir müssen mehr miteinander reden, und Menschen, die selbst Erfahrung mit Rassismus gemacht haben, sollten da auf jeden Fall ihre Perspektive mit einbringen können.

7. Gibt es da vielleicht auch die Idee, Projekte zu verstetigen? Wir kennen einige Menschen, die in dem Bereich unterwegs sind, aber das sind alles prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit befristeten Arbeitsverträgen. Ein Baustein in der Demokratieentwicklung ist das ehrenamtliche Engagement, aber Ehrenamt braucht auch Hauptamt. Und gerade diese Hauptamtlichen sollten doch mehr Sicherheit bekommen, weil sie auch Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind?

Das ist etwas, was wir in der Resolution gefordert haben. Unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat sich erneut für ein Demokratiefördergesetz ausgesprochen. Ich finde sehr gut, dass die Debatte wieder angefacht wird, weil nur über Projektbasis wird es nicht funktionieren, das ist ganz klar.

Nach den jüngsten Ereignissen habe ich auch die Befürchtung, dass die Bereitschaft, in dem Feld tätig zu sein, sinkt. Verständlicherweise machen sich Menschen Sorgen um sich und ihre Familien. Wenn man dann noch alles über Projektbasis macht, wird es nicht lange gut gehen. Das ist ganz klar. Wir müssen auf jeden Fall verstetigen. Ich hoffe, dass ein Demokratiefördergesetz auf jeden Fall vorangebracht wird.

8. Ein wichtiger Baustein des Integrationskonzeptes ist auch das Ehrenamt. Ohne ehrenamtliche Helfer*innen wäre vieles im Bereich Integration nicht möglich. Sie waren selbst auf der Ehrenamtsmesse: Wir! Erfolg braucht Vielfalt in Schwerin unterwegs. Gibt es weitere Pläne der Landesregierung, Ehrenamt zu unterstützen?

Wir haben jetzt die Ehrenamtskarte auf den Weg gebracht. Mit der Ehrenamtskarte gibt es Vergünstigungen bei verschiedenen Unternehmen, Institutionen von Theater, Museum bis hin zu Sportveranstaltungen. Wir sind gerade auf der Suche nach weiteren Partnern für die Ehrenamtskarte, und es kommen wöchentlich neue dazu. Es ist ein ganz einfaches Antragsverfahren, dann kriegt man die Ehrenamtskarte und kann die Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Es ist ein Dank an die Ehrenamtlichen.

9. Wie läuft die Integration am Arbeitsmarkt derzeit?

Die läuft sehr gut. Wir haben stetig steigende Zahlen von Menschen, die, wie die Bundesagentur für Ar-

beit sagt, aus dem Asylkontext in den Arbeitsmarkt kommen. Eine Herausforderung ist aber, dass viele Menschen mit Flucht/Migration eher im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und viele in Zeitarbeit gehen. Eine weitere Herausforderung ist, dass viele die langen Verfahren im Bereich der Berufsankennung lieber nicht machen, weil sie schneller arbeiten wollen. Die Anerkennungszeiten dauern oft zu lange und deshalb gehen sie eher in einen Beruf, für den sie eigentlich überqualifiziert sind, aber so kriegen sie dann schneller einen Job.

Dann haben wir immer noch zu wenig geflüchtete Frauen, die beschäftigt sind. Wir haben zwar steigende Zahlen, aber auch noch viele Herausforderungen vor uns.

10. Seit März gilt ja das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz. In einigen Branchen gibt es ja auch in M-V einen Fachkräftemangel, was bedeutet das Gesetz für M-V?

Es ist auf jeden Fall ein großes Thema, und ich werde auch von Unternehmen angesprochen, die gezielt Fachkräfte werben wollen und dafür sehr aufgeschlossen sind. Ich sehe mich dann in meiner Position dafür zu werben, dass wir das auch wirklich nutzen. Es ist ganz klar, dass es nicht dazu führen wird, dass eine große Anzahl von Menschen einfach zu uns kommen. Wir müssen als Land Mecklenburg-Vorpommern ganz gezielt dafür werben. Wir stehen hier mit anderen Bundesländern als auch anderen Ländern in Konkurrenz. Denn gut ausgebildete Menschen können auch in andere Länder gehen. Grundsätzlich haben wir hier mehrere Herausforderungen, unter anderem die Löhne und die Sprache. Ich denke, dass Sprache ein wichtiger Bereich ist, der für uns teilweise hinderlich ist. Denn gerade englischsprachige Länder werden oft bevorzugt, weil das sprachlich einfach ist. Daher müssen wir auch bei den Unternehmen dafür werben, dass sie die neuen Möglichkeiten auch wirklich ausschöpfen.

Wofür ich mich aber auch einsetze, ist dass wir trotzdem nicht die Potentiale der Menschen vergessen, die schon hier sind durch Flucht. Das wir die Neuerungen im Bereich Beschäftigungsduldung und Ausbildungsduldung nutzen und Unternehmen dazu motivieren, da dran zu bleiben. Es ist natürlich ein langwieriger Prozess, der aber vorangetrieben werden muss.

11. Was wollen Sie in 10 Jahren bewirkt haben?

Ich habe erstmal nur bis zur nächsten Legislaturperiode gedacht. Aber ich möchte auf jeden Fall, die Stärkung der Migrantenorganisationen und die bessere Vernetzung unterstützen. Es ist für mich ein Schwerpunkt, in M-V das Thema interkulturelle Öffnung in allen Bereichen voran zu bringen, gerade aus der migrantischen als auch post-migrantischen Perspektive. Ich hoffe, dass ich das auch durch meinen Migrationshintergrund, noch besser hier platzieren kann.

12. Man weiß nicht viel Privates über Sie. Verraten Sie uns ein Geheimnis?

Ich gehe gerne boxen, das ist vielleicht ein kleines Geheimnis, bei BC Traktor Schwerin, die auch ganz viele Preise gewonnen haben für den Bereich „Integration durch Sport“ und „Sport statt Gewalt“. Es gibt eine ganz tolle FrauenFitnessBox Gruppe, die auch als interkulturelle Gruppe gedacht ist. Dazu gibt es jetzt sogar eine Ausstellung im Innenministerium. Da war ich eine Zeit lang - jetzt gerade ist es etwas schwieriger.

Danke für das Interview

CZ



"Wir haben etwas unglaublich Großes geschafft"

Ein psychoedukatives und ressourcenstärkendes Kinderbuch für Kinder mit Fluchthintergrund
Johanna Ringwald

Die Fluchtgeschichte von den Hauptakteuren Karim und Yara soll geflüchteten Kindern, ihren Familien und Helfern als niederschwellige Psychoedukation dienen. Beim (Vor-) Lesen soll Kindern das Gefühl vermittelt werden, nicht allein mit ihrer Situation der Flucht und den daraus folgenden psychischen Belastungen zu sein und anderen Kindern die Situation von geflüchteten Kindern einfühlsam zu vermitteln. Auch Anregungen zur Bewältigung von Ängsten und Belastungen durch Erinnerungen an die Flucht werden durch die Geschichte und die zusätzlichen Mitmachseiten gegeben. Die integrierten Mitmachseiten zielen darauf ab, das Selbstwertgefühl der geflüchteten Kinder zu stärken und ihre Selbsteffizienz im Umgang mit belastenden Emotionen zu erhöhen. Am Ende des Buches werden Belastungsreaktionen bei Kindern auch für erwachsene Betreuungspersonen in ihrer Muttersprache erklärt, wodurch eine weitere Hilfestellung im Umgang mit den betroffenen Kindern gegeben werden soll, damit auch die Eltern eine Kompetenzerweiterung erfahren können. Das Kinderbuch ist in den Sprachversionen Deutsch-Arabisch, Deutsch-Dari/Persisch, Deutsch-Englisch und Deutsch-Kurdisch (Kurmanji) erhältlich und ist für eine Schutzgebühr von 5,35 EUR zzgl. Versandkosten direkt erhältlich über:

Dr. Johanna Graf
kinderbuch@med.uni-tuebingen.de
Medizinische Universitätsklinik
Abt. für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
Osianderstr. 5, 72076 Tübingen
Telefon 07071-2986701



Die aktualisierte 2. Auflage des erfolgreichen **Integrationsspiels "Leben in Deutschland - spielend integrieren"** kann bestellt werden.

Das Spiel wird von der Bundeszentrale für politische Bildung, Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (Berlin), auf ihrer Webseite vorgestellt und als einen wichtigen Beitrag zu einem erfolgreichen Integrationsprozess hervorgehoben.

Unser Integrationspiel gilt als Beitrag zur Integrationshilfe, zur Bildung, vermittelt Werte, führt zur Zusammenarbeit der Kulturen und zum Miteinander in unserer Gesellschaft und kann zur Vorbereitung auf den Einbürgerungstest eine Hilfestellung leisten. Das Gesellschaftsspiel bringt Grundkenntnisse über Deutschland zu unterschiedlichsten Themen näher: Demokratie, Fragen zum Einbürgerungstest, Geografie, Kunst, Kultur, Umgangsformen, Rechte und Pflichten, Hilfestellungen im Alltag, wo finde ich was, Land und Leute, u.v.m. Das Integrationspiel gibt es zunächst auf Deutsch/Arabisch.

Damit sich das Projekt selbst finanzieren kann wird das Spiel zu einem Preis von 39,90 Euro angeboten, zusätzlich gibt es einen Förderpreis von 49,90 Euro (bitte informieren Sie sich hierzu im Anhang), zuzüglich Verpackungskosten / Porto.

Sie können ganz einfach über diese Email: **kontakt@lid-integration.de** bestellen, wir liefern schnellst möglich auf Rechnung.

Das Integrationspiel „Leben in Deutschland – spielend integrieren“ ergänzt Ihre Arbeit mit:
Eltern-Kind-Gruppen mit Flüchtlingsfamilien
Geflüchteten in Wohnheimen
Kinder- und Jugendgruppen
Sprachcafés und Sprachkurse
Sprachgrundkursen der VHS
Vorbereitung auf den Einbürgerungstest
Begleitend zur Berufsausbildung
Bildungspatenschaften
Schulen, Berufsschulen, Fortbildungskursen u.v.m.

LITERATURTIPPS



Fernreise daheim

Brigitte Heidebrecht

Von Flüchtlingen, Kulturen, Identitäten und anderen Ungereimtheiten

Seit 2015 engagiert sich Brigitte Heidebrecht ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit. Seither schreibt sie Geschichten über interkulturelles Verstehen. Mit ebenso scharfem wie liebevollem Blick beleuchtet die Autorin die Schwierigkeiten der Integration von bildungsfernen muslimischen Männern in eine westliche Gesellschaft.

Es sind Geschichten vom Stolpern und Staunen, vom Ärgern und vom Begreifen. Geschichten, die einen schmunzeln lassen, und Geschichten, bei denen einem die Tränen hochsteigen. Die Texte bilden ein Mosaik, das den Blick für interkulturelle Fallstricke schärft und ganz nebenbei eine Menge Informationen zur inneren und äußeren Situation der Geflüchteten einfließen lässt. So entstehen Bilder, die mit präzisen Pinselstrichen interkulturelle Aha-Erlebnisse vermitteln. Ein berührendes und augenöffnendes Buch für alle, die mit Menschen zu tun haben, die von ganz woanders herkommen.

174 Seiten, Paperback, 12,- €

Verlag Große Sprünge, Ludwigsburg 2019

ISBN 978-3-9821383-0-5

Der Erlös aus dem Verkauf des Buches fließt in die Flüchtlingshilfe.

Ihre Spende

an den Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

ermöglichte

im Jahr 2019 unter anderem, dass in ...



Unterstützen Sie uns auch 2020!

Werden Sie Fördermitglied oder spenden Sie!

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE66 1002 0500 0001 1943 00
BIC: BFSWDE33BER



www.fluechtlingsrat-mv.de